

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtbericht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Gesellschaft: 22.841
Für den Redaktionsbetrieb: Nr. 20.011
Schlüsselung u. Druckerei: 22.841
Dresden - N. L. Wartenberg 22/43

Bezugspreis bei monatlicher Bestellung monatlich 2.80 M. (einschließlich 10 Pf. für Transport), bei halbjährlicher Bestellung 13.50 M., bei vierteljährlicher Bestellung 7.20 M. (einschließlich 10 Pf. für Transport). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 10 Pf. für Transport). Die Anzeigenpreise sind in der Beilage Nr. 20.011 enthalten. Für den Anzeigenteil sind die in der Beilage Nr. 20.011 enthaltenen Bedingungen zu lesen. Die Anzeigen werden nicht aufbewahrt.

Dred u. Verlag: Siegfried & Schmidt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachdr.) zulässig. Unrechtmäßige
Schuldrücke werden nicht aufbewahrt

Gefahr für den Saargruben-Rückkauf Lausanne wartet auf Herriot

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 4. Juli. Der Nachmittag in Lausanne war heute vollkommen ruhig. Stille vor dem Sturm, so meinen manche. Die vorgesehene Unterredung zwischen MacDonald und den deutschen Ministern fiel heute aus, wohl weil man mit den Entscheidungen doch warten will, bis Herriot morgen früh zurückkommt. Der Dienstag allerdings wird - das nimmt man allgemein an - ein kritischer Tag erster Ordnung für die Konferenz sein. Zunächst werden morgen vormittag Herriot und MacDonald, Johann MacDonald und v. Papen, hierauf die fünf Gläubigermächte unter sich verhandeln. Kaut alles gut, so soll nachmittags eine gemeinsame Sitzung der fünf Gläubiger mit den deutschen Delegierten stattfinden.

Die Forderungen der deutschen Vorschläge werden von französischer Seite inoffiziell als viel zu niedrig bezeichnet.

wie nicht anders zu erwarten war. Man hält im französischen Lager immer noch an den 4 Milliarden fest. Von den Italienern weiß man dagegen, daß sie 2 Milliarden im Grunde immer für die äußerste Grenze halten, falls eine völlige Streichung nicht zu erreichen wäre. Die Engländer sind ärgert, daß Deutschland feste Jahreszahlungen zur Erwerbung gestellt hat, angeblich sogar ohne die Befürchtung, wenn auch nicht ausreichenden wirtschaftlichen Sicherungen, die das 4-Milliarden-Angebot der Gläubiger immerhin vorläßt. Im französischen Lager verhält man sich anders als seine Befriedigung darüber nicht, daß Deutschland plötzlich wieder Jahreszahlungen in Höhe von 100 Millionen an das Youngsystem an. Jedenfalls sehen einige Franzosen heute wieder zutriebener aus. Daher ist es dringend nötig, von deutscher Seite sofort endgültig Klarzustellen.

Das bedingungslose Jahreszahlungen ganz selbstverständlich niemals von uns gemeint waren und daß über die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen noch gesprochen werden muß.

Es konnte der deutschen Delegation nur darauf ankommen, einmal ein anderes Zahlungsprogramm rein theoretisch zur Sprache zu stellen. Gleichzeitig wird von deutscher Seite die von den Gegnern immer noch vorgesehene Erholungsfrist von drei Jahren, für die ein Moratorium dienen soll, als viel zu gering energisch bekämpft werden müssen. Es ist ja ganz deutlich, daß das Ende der Zahlungsverpflichtung mit dem Zeitpunkt ankommen muß, der im Berliner Vertrag für den Rückkauf der Saargruben durch Deutschland vorgegeben ist. Dann wird man sich neu unter Druck setzen. Wenn wir keine Zahlungen leisten, so wird man uns auch das Recht verweigern, Summen für die Saar

berelagstellen. Das wird auf das sorgsamste schon hier im Auge behalten werden müssen. Weiter ist es ganz klar, daß Frankreich mit den deutschen Zahlungen sein südosteuropäisches Bündnisystem wieder flottmachen und festigen will.

„Schwamm drüber“, fordert Grandi

Lausanne, 4. Juli. Der italienische Außenminister Grandi hat dem Lausanner Vertreter des „Welt Pariser“ eine Erklärung übergeben, in der unter anderem folgendes ausgeführt wird: Die einzig mögliche Lösung, die im Interesse aller liegt, ist nach den dreiwöchentlichen Verhandlungen der Konferenz nur die Lösung „Schwamm drüber“ (coup d'éponge). Die Lausanner Konferenz war nicht einberufen worden, um zukünftige Zahlungen zu sichern, die nur die anormale und künstliche Lage der Gegenwart weiter aufrechterhalten und verschärfen könnten.

Sondern um die unerlöliche Rückkehr zum Vertrauen und die Wiederaufnahme des allgemeinen Handelsverkehrs zu ermöglichen.

Die Moratoriumserklärung der Lausanner Konferenz vom 16. Juni, durch die die Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen zwischen den europäischen Mächten ausgesetzt wurden, hat den jetzt einzuschlagenden Weg gezeigt. Dieser Weg muß jetzt zu Ende gegangen werden. Die Regelung, die auf der Konferenz gefunden wird, muß eine endgültige Regelung sein. Die Annulierung der Zahlungen muß sich auf sämtliche europäischen Gläubiger und Schuldnermächte erstrecken. Nur auf diese Weise kann eine allgemeine Regelung vorbereitet werden, auf die in der Moratoriumserklärung vom 16. Juni hingewiesen wird.

London hofft auf guten Ausgang

London, 4. Juli. Politische Kreise Londons brühten am Montag unumwunden ihre Zukunftszeit aus, daß es der deutschen Abordnung in Lausanne mittelbar gelingen sei, Herriot zur Rückkehr nach Lausanne zu veranlassen. Trotz der Schwierigkeiten werden die Konferenz-aussichten noch immer hoffnungsvoll beurteilt. Gegenüber den deutschen Gegenüberungen verhalten sich die amtlichen Stellen zurückhaltend, verneinen aber nicht die Sachlichkeit der deutschen Gegenüberungen, ausgenommen vielleicht die Forderung nach Streichung des Kriegsschuldparagrafen. „Evening News“ bringt den Bemühungen der deutschen Abordnung, die bestmöglichen Bedingungen zu erhalten, volles Verständnis entgegen. Das Blatt meint aber, daß wohl noch deutscher Auffassung die beste Verwendung für die zum Wiederaufbau Europas bestimmten Gelder darin liege, sie zunächst zum Aufbau Deutschlands zu verwenden.

Warmbold über die privaten Schulden

Amsterdam, 4. Juli. Der Sonderberichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat den in Lausanne weilenden Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold über die - inwieweit demontierten - Verhältnisse von einer Abwertung deutscher Privatschulden befragt. Der Reichswirtschaftsminister versicherte mit größter Entschiedenheit, daß bei der deutschen Reichsregierung keine Augenblicke der Plan einer derartigen Maßnahme bestanden habe und daß ein solcher Gedanke niemals in Erwägung gezogen worden sei. Im übrigen erklärte der Minister, daß die Angelegenheit eine internationale Frage sei. Nach der Darstellung des Korrespondenten hat Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold weiterhin noch ausgeführt, wenn das Verhältnis zwischen dem Wert des Geldes und dem Wert der Produkte noch andauere und die Deflation sich noch weiter verschärfe, werde vielleicht nichts anderes übrigbleiben, als daß in schwerwiegendsten geratene Unternehmungen privatim und auf geschäftlicher Basis mit ihren Gläubigern unterhandeln.

Neuerdings, erklärte der Reichswirtschaftsminister weiter, schiene die Erkenntnis zuwachsen, daß man die Kapitalangelegenheiten der Welt nicht in Ordnung bringen könne, wenn es nicht gelänge, vermöge der Ausräumung der sich dem Waren- und Geldverkehr entgegenstellenden Hindernisse ein größeres Volumen für den internationalen Warenhandel und ein höheres Preisniveau zu erreichen. Das allgemeine Vertrauen könne aber erst wiederhergestellt werden, wenn das Reparationsproblem in Uebereinstimmung mit der deutschen Auffassung geregelt werde. Solange man die Wiederherstellung des Vertrauens nicht ermöglichen werde, werde die Befreiung des in Deutschland festgefahreten Kapitals nur sehr langsam vor sich gehen können. Der Minister erklärte schließlich noch, daß der Reichsregierung viel daran gelegen sei, den aus der Dawesanleihe und der Younganleihe sich ergebenden Verpflichtungen unter allen Umständen nachzukommen.

Die Stillhaltetkonferenz vor dem Abschluss

London, 4. Juli. Am Schluß der Montagssitzung der Stillhaltetkonferenz wurde folgende Mitteilung

herausgegeben: Der Ausschuß, der auf Grund des Stillhaltetabkommens von 1922 eingesetzt wurde, hielt eine Sitzung zusammen mit den deutschen Vertretern ab. Die hauptsächlichsten Fragen, die zur Erörterung standen, waren die Frage der Vorschlagszahlungen, wie sie in dem Abkommen vom 1. März für diejenigen Schuldner vorgegeben waren, deren Verschuldung noch nicht um die vollen zehn vom Hundert herabgesetzt war, und ferner die von der deutschen Abordnung gestellte Forderung nach einer Revision der Zinsfrage. Der Ausschuß nimmt an, daß er seine Arbeiten am Dienstag beenden wird.

Wendung im englisch-irischen Konflikt

London, 4. Juli. Im Verlauf der heutigen Unterredung über die Vorträge, die die Erhebung von Sonderzöllen auf irische Waren vorliegt, erklärte das Mitglied der Arbeiterpartei, Greenwood, der irische Freistaat beabsichtige,

die England geschuldeten Jahreszahlungen in einem Sonderfonds einzuzahlen, bis der englisch-irische Konflikt durch einen Schiedspruch beigelegt sei.

Der Staatssekretär für die Dominions, Thomas, erwiderte darauf: Ich habe erst vor einer halben Stunde davon Kenntnis erhalten. Wenn Devalera die Landannuitäten einbehält, weil er glaubt, daß es zu einer schiedsrichterlichen Entscheidung kommen wird, dann ist die Aufgabe bedeutend einfacher. Es wäre mir lieb gewesen, wenn ich vorher von Devalera's Absicht etwas gewußt hätte, denn jetzt handelt es sich nur noch um die Frage der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes.

Englische Schutzzölle verlängert

London, 4. Juli. Durch eine Verordnung des Schatzamtes werden die vorläufigen Zölle von 80% Prozent auf Eisen- und Stahlerezeugnisse, die am 20. Juli ablaufen sollten, auf weitere drei Monate in Kraft gesetzt. Außerdem werden Zollzuschläge für Eisenblechherstellern und ein Zoll auf durchsichtiges Zellulosepapier für Umhänge eingeführt.

Roosevelt gegen Hoover

Es war ein eigenartiger, aber sehr beachtender Zufall, daß an demselben Tag, an dem die Tribunaalgläubiger in Lausanne den Deutschen einen Vorschlag unterbreiteten, der das Tributproblem von der zukünftigen Haltung Amerikas abhängig machen soll, in den Vereinigten Staaten selbst als demokratischer Präsidentschaftskandidat und Gegenspieler Hoovers ein Mann aufgestellt wurde, der sich als schärfster Gegner jedes Schuldennachlasses an die ehemaligen Käufern bekennet. Wir wissen aus dem wiederholten Eingreifen Hoovers in den Genuß der Weltpolitik während der letzten zwei Jahre, über welche Macht der amerikanische Präsident dank seiner persönlichen Stellung und der seines Landes verfügt. Daraus läßt sich leicht folgern, daß bis zur Entscheidung in Amerika, also bis zum November, auch in der Behandlung der Fragen, die in Lausanne und Genf erörtert werden, eine Störung eintreten wird. Was man dort inzwischen auch über die Schuldenregelung oder Abklärung beschließen mag, das letzte Wort wird immer erst der Mann sprechen, der aus dem beginnenden amerikanischen Wahlkampf als Sieger hervorgeht.

Den republikanischen Kandidaten Hoover hat man trotz seiner persönlichen Undurchdringlichkeit aus seinen Taten auch in Europa kennengelernt. Wer aber in der demokratischen Gegner, der gegen ihn auftritt? Bekannt ist sein Name aus der Regierungszeit des Präsidenten Theobore Roosevelt, mit dem der jetzt aufgestellte Gouverneur des Staates New York, Franklin Roosevelt, aber nur entfernt verwandt ist. Der jetzt 50jährige hat die Laufbahn hinter sich, die dem reichen Amerikaner vorgeschrieben ist, wenn ihn politischer Ehrgeiz nach oben treibt. Er wuchs in einer Familie von Landbesitzern auf, studierte die Rechte und trat 1907 in eine New Yorker Anwaltsfirma ein, deren Teilhaber er heute noch ist. Aber sein politischer Latenzdrang hat ihm nie Zeit zur Ausübung dieses Berufes gelassen. Schon 1910 erreichte er Kusschen durch seinen Kampf gegen die eigene demokratische Parteiorganisation in New York, die Tammany Hall, deren Säuberung von korrupten Erscheinungen er durchführte. 1912 war Roosevelt dann einer der Hauptwahlkämpfer für Wilson, der ihn nach seinem Sieg mit dem Staatssekretärposten im Marineministerium besetzte. 1920 teilte Roosevelt bei der Neuwahl Wilsons Niederlage, hauptsächlich deshalb, weil er seinem Chef die Treue hielt und sich für dessen Völkerverbindungen einsetzte. Dann griff das Schicksal ein und warf den Neugeborenen wieder zur Macht Streben lange Jahre aufs Krankenlager. Mit 40 Jahren wurde der bärenstarke Mann nach einem Bad von einer rätselhaften Krankheit befallen, die sich nach einiger Zeit als Kinderlähmung herausstellte. Roosevelt war ein Krüppel geworden, der weder Hand noch Fuß bewegen konnte. Erst im Laufe langer Zeit gelang es seiner eisernen Energie, das Leiden zu überwinden. Nach einem halben Jahr konnte er die Arme wieder bewegen, allmählich gewann er auch wieder Gewalt über die Beine soweit, daß er jetzt auf die Krücken verzichten und sich mit harter Schienung der Hüfte begnügen kann. Aber Treppensteigen ist ihm unmöglich und in sein Auto muß er gehoben werden. Wenn er sich trotzdem den Strapazen eines gemäßigten Wahlkampfes unterzieht, so mögen ihn die Erfahrungen des Jahres 1920 ermutigen. Damals ist es ihm, trotz seiner Gebrechlichkeit, gelungen, mit einer Reformmehrheit den Gouverneurposten von New York zu erobern und die Republikaner völlig auf dem Feld zu schlagen. Diese ungeheure Tatkraft in einem flecken Körper erinnert an den früheren englischen Schatzkanzler Snowden, der auf zwei Stöcken humpelnd im Haag Geschichte gemacht hat.

Wird ein solcher Erfolg auch Franklin Roosevelt beschieden sein? Die Aussichten für ihn sind unsicher, aber keineswegs ungünstig. Früher bestand der Unterschied zwischen der republikanischen und der demokratischen Partei in den Vereinigten Staaten in Nuancen der Auffassungen über die föderalistische oder unitarische Gliederung, über härtere oder schwächere Schutzpolitik, über eine mehr konservative oder demokratische Richtung der Allgemeinpolitik. In der Hauptsache aber ging es immer darum, die Macht an sich zu reißen und alle Staatsstellen, von den Ministerposten bis zum Völkerverkehr im Weißen Haus, den eigenen Parteilanhängern auszuliefern. Im gegenwärtigen Wahlkampf haben die Parteien von ebendem keine Zugkraft mehr; die Parteien stellen sich auf die Sorgen um, die das amerikanische Volk besonders brüden und rücken danach ihre Wahlplattform ein. Hoover tritt als wahrer bürgerlich-liberaler Traditionen auf, Roosevelt mit einem sozialistischen Programm; der Republikaner tritt als Schutzherr der Großwirtschaft, der Demokrat als unerschütterlicher Feind des „big business“, der nicht umsonst den Namen „Kongressbrecher“ führt. Auch in der Frage der Kriegsschulden, die außenpolitisch das Feld befeuern, bestehen Unterschiede. Hoover hat sich zwar im Hinblick auf den Wahlkampf geschütet, Versprechungen zu machen, aber er hat doch angedeutet, daß die USA, nach einer betrüblichen Endregelung der Reparationen und der Annahme seiner Abrechnungsansprüche über Schuldennachlässe an ihre zahlungsunfähigen Schuldner in Europa mit sich reden lassen



Wir führen Wissen.